

Protokoll

Gremium: Sozialausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 20.02.2019
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 18:12 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Wolfgang Mickelat

Mitglieder

Frau Sylvia Bäcker

Frau Claudia Beeken

Frau Heidi Exner

Herr Gerold Kahle

Herr Frank Lukoschus

Herr Hartwin Preussner

Herr Karl-Hermann Reil

Herr Eckhard Roesse

Frau Monika Sager-Gertje

Herr Lars Schmidt-Berg

Frau Barbara Woltmann

Vertreter für KA Woltmann bis 16:15 Uhr
ab 16:15 Uhr

beratendes Mitglied

Frau Sabine Gräper

Frau Judita Hellbusch

Herr Andreas Retzlaff

Herr Gotthard Schönbrunn

von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

Herr Verwaltungsangestellter Ralf Logemann

Herr Kreisverwaltungsrat Torsten Niebisch

Herr Günter Siebels, Kreisverwaltungsrat

Herr Dr. Elmar Vogelsang

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 24.10.2018
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes
Vorlage: BV/025/2019
- 7 Bericht des Jobcenters
Vorlage: MV/019/2019
- 8 Behindertenbeirat im Landkreis Ammerland;
Abberufung und Berufung eines Mitgliedes/stellvertretenden Mitgliedes für die Gemeinde Edewecht
Vorlage: BV/016/2019
- 9 Schutz- und Unterbringungsangebot für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und Kinder
Vorlage: BV/011/2019
- 10 Kreissenioresplan Sachstandsbericht; Kapitel Mobilität
Vorlage: MV/013/2019
- 11 Antrag der CDU - Fördermöglichkeiten zur Niederlassung von Hausärzten
Vorlage: MV/014/2019
- 12 Gesundheitsregion Ammerland
Vorlage: BV/012/2019
- 13 Mitteilungen des Landrates
- 14 Anfragen und Hinweise
- 15 Einwohnerfragestunde
- 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vors. Mickelat eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Sozialausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgezeichnet und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Mickelat stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Sozialausschusses am 24.10.2018

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Bruneé, Vorstandsmitglied der Ärztegenossenschaft Niedersachsen und Bremen bekundet sein Interesse an der Einführung der Gesundheitsregion. Er stellt kurz die Aufgaben der Ärztegenossenschaft vor und spricht ein neues Projekt „Rubin“ an. Er bietet in dem Zusammenhang eine Mitarbeit bei der zukünftigen Gesundheitsregion an.

Zu TOP 6 Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes Vorlage: BV/025/2019

KR Rabe trägt kurz den Sachverhalt vor.

Vors. Mickelat begrüßt Herrn Hofmann, Geschäftsführer des Fachbüro GEWOS, der zum Wohnraumversorgungskonzept vortragen wird.

Herr Hofmann stellt sich und seinen Aufgabenbereich kurz vor und präsentiert sodann das Wohnraumversorgungskonzept anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1).

In der sich anschließenden Aussprache zur Präsentation werden Fragen der Mitglieder des Sozialausschusses umfassend von Herrn Hofmann beantwortet.

KA Mickelat dankt Herrn Hofmann für die umfassende Präsentation.

KA Exner dankt für die ausführliche Ausarbeitung des Wohnraumversorgungskonzeptes auch für die einzelnen Kommunen. Sie habe viele hilfreiche neue Erkenntnisse erhalten und sie habe positiv aufgenommen, dass es möglich sei, auch in den Gemeinden das Wohnraumversorgungskonzept präsentieren zu lassen.

KA Taeger dankt ebenfalls für die Ausarbeitung und für die frühzeitige Übersendung des Wohnraumversorgungskonzeptes. Dadurch habe man sich eingehend mit dem Konzept beschäftigen können. Die SPD-Fraktion habe mit ihrem Antrag zur Erstellung eines Wohnraumversorgungskonzeptes zwei Ziele verfolgt. Zum einen habe man Erkenntnisse über die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt erlangen wollen und zum anderen wolle man eine Stärkung der Wohnungswirtschaft erreichen, indem man die Voraussetzungen für eine finanzielle Förderung durch das Land Niedersachsen schaffe. Das Wohnraumversorgungskonzept habe für die SPD-Fraktion alle Erwartungen erfüllt. Das Konzept benenne ganz eindeutig die derzeitige Situation auf dem Wohnungsmarkt und bestätige die Vermutung, dass in einigen Teilen des Wohnungsmarktes eine Unterversorgung vorliege. Des Weiteren gebe das Konzept ihrer Ansicht nach einen klaren Ausblick auf die zukünftige Bevölkerungs- und Wohnraumentwicklung und klare Handlungsempfehlungen für die politische Arbeit auf Kreis- und Gemeindeebene. Sie geht kurz auf einzelne Ergebnisse des Konzeptes ein. Es sei deutlich geworden, dass Handlungsbedarf bestehe und dass ein wirtschaftlich gut da stehender Landkreis dafür Sorge tragen müsse, dass auch Geringverdiener vor Ort eine bezahlbare Wohnung finden können. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen und mit Sicherheit viele der Maßnahmen aufnehmen, anregen und dafür sorgen wollen, dass alle Menschen im Landkreis Ammerland mit adäquatem Wohnraum versorgt werden.

KA Woltmann ist ebenfalls der Meinung, dass mehr Wohnraum und insbesondere bezahlbarer Wohnraum benötigt wird. Die Schaffung von Wohnraum müsse durch die öffentliche Hand gesteuert und mit Steuermitteln gefördert werden. Aber auch aus privater Hand oder von Investoren müsse Wohnraum geschaffen werden, der dann verkauft oder vermietet werden könne. Sie geht auf das Siedlungsentwicklungskonzept ein, in dem vorgeschlagen worden sei, Baugebiete unter Berücksichtigung des vorhandenen ÖPNV-Angebotes auszuweisen und fragt nach, ob zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Gemeinden/der Stadt Westerstede diesbzgl. nach wie vor ein Austausch stattfinde.

LR Bensberg antwortet, dass ein steter Austausch zwischen Landkreis und Gemeinden/Stadt stattfinde. Man tausche sich fachlich insbesondere bei Planungen im Rahmen der förmlichen Beteiligung des Landkreises als Träger öffentlicher Belange aus. Dass sich die gesamte Baugebietsausweisung in den Ammerländer Gemeinden und der Stadt Westerstede stringent an diesem Papier „Siedlungsentwicklung entlang des ÖPNV“ orientieren würde, könne er nicht behaupten.

LR Bensberg knüpft an die Wortbeiträge von KA Taeger und KA Woltmann an und führt aus, dass der Landkreis das Wohnraumversorgungskonzept lediglich vorbereite. Die Umsetzung müsse dagegen auf der Ebene der Gemeinden bzw. der Stadt Westerstede erfolgen. Es sei zu wünschen, dass das Wohnraumversorgungskonzept einen größeren Erfolg in der Umsetzung haben werde, als die vor einiger Zeit auf den Weg gebrachte Windenergiepotenzialstudie. Neben der Ausweisung von Bauungsflächen müssten die Gemeinden und die Stadt Westerstede auch entsprechende Grundstückspreise anbieten, weil günstiger Wohnraum nun einmal günstige

Erwerbskosten voraussetze. Der Landkreis könne und werde gerne beraten und helfen, handeln und steuern müssten aber die Gemeinden/Stadt.

KA Bäcker regt an, dass das Wohnraumversorgungskonzept in den einzelnen Gemeinden/der Stadt vorgestellt werde, um eine breitere Akzeptanz zu erzielen. Das Wohnraumversorgungskonzept habe deutlich gemacht, dass die Rahmenbedingungen der einzelnen Gemeinden/Stadt unterschiedlich seien.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Das Wohnraumversorgungskonzept für den Landkreis Ammerland wird beschlossen.

**Zu TOP 7 Bericht des Jobcenters
Vorlage: MV/019/2019**

KVR Siebels trägt ausführlich den Bericht des Jobcenters unter Verwendung der den Vorlagen beigefügten Power-Point-Präsentation vor.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 8 Behindertenbeirat im Landkreis Ammerland;
Abberufung und Berufung eines Mitgliedes/stellvertretenden Mitgliedes
für die Gemeinde Edewecht
Vorlage: BV/016/2019**

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Herr Gerold von Aschwege wird als Mitglied aus dem Behindertenbeirat abberufen.
Herr Kai Speckmann wird für die restliche Dauer der Wahlperiode als Mitglied in den Behindertenbeirat berufen.
Frau Heidrun Oltmanns wird als stellvertretendes Mitglied in den Behindertenbeirat berufen.

**Zu TOP 9 Schutz- und Unterbringungsangebot für von häuslicher Gewalt betroffene
Frauen und Kinder
Vorlage: BV/011/2019**

Frau Kleinschmidt trägt den Sachstand vor und erläutert verschiedene Bereiche des Rahmenkonzeptes. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass die Adresse des Standortes des Frauen- und Kinderschutzhauses aus Sicherheitsgründen nicht bekannt gegeben und beworben werde.

KA Woltmann dankt Frau Kleinschmidt für die Darstellung des Rahmenkonzeptes. Es sei erfreulich, dass ein Rahmenkonzept vorliege und ein Frauen- und Kinderschutzhaus gemeinsam mit dem Landkreis Wesermarsch umgesetzt werden solle. Es sei in vorherigen Sitzungen deutlich gemacht worden, dass deutlich mehr Angebote von Schutzhäusern für betroffene Frauen und Kinder vorgehalten werden müssen. Der Standort Rastede werde für einen geeigneten Standort gehalten. Es sei aber zu befürchten, dass die Adresse des Hauses nicht völlig unbekannt bleiben werde. Sie

fragt nach, wie eine Anonymität hergestellt werden könne und wie betroffene Frauen auf eine Unterbringungsmöglichkeit aufmerksam gemacht werden sollen, wenn keine Bewerbung des Hauses erfolgen solle. Dabei geht sie auf ein Ampelsystem am Beispiel Nordrhein-Westfalens ein, das über das Internet eingesehen werden könne und anzeige, wo freie Plätze zur Verfügung stehen. Des Weiteren fragt sie nach, wann die Errichtung des Hauses realisiert werden solle und wann mit der Fertigstellung zu rechnen sei.

Frau Kleinschmidt führt zur Frage nach der Anonymität des Hauses aus, dass es nicht gelingen werde, vor Ort das Haus vollkommen anonym zu halten. Die Adresse solle im ländlichen Raum jedoch nicht öffentlich publik gemacht werden sondern erst im Rahmen des Aufnahmemanagements den Betroffenen übermittelt werden. Vor der Aufnahme von Frauen und ihren Kindern in die Schutz Einrichtung werde immer zunächst eine Sicherheitsprognose erstellt. Haus und Grundstück würden durch moderne bauliche und technische Maßnahmen gesichert. Für Hochrisikofälle würden regionale Schutzmöglichkeiten gesucht. Wie das Aufnahmemanagement ausgeführt werde, solle dem künftigen Betreiber überlassen werden. Zur Etablierung eines sogenannten Ampelsystems in Niedersachsen führt Frau Kleinschmidt aus, dass man vom Land dazu bisher keine Aussagen erhalten habe.

EKR Kappelmann führt zur Frage nach dem Zeitplan aus, dass ein Betreiber und für den Bau des Gebäudes ein Investor gefunden werden müssen. Bei einem positiven Votum der Kreisgremien könne mit dem Investor zeitnah die Entwurfsplanung für das Gebäude abgestimmt werden. Es werde davon ausgegangen, dass die Fertigstellung ca. ein Jahr in Anspruch nehme und man im Frühjahr 2020 das Gebäude in Betrieb nehmen könne.

KA Sager-Gertje dankt Frau Kleinschmidt ebenfalls für das in relativ kurzer Zeit erstellte Rahmenkonzept für ein Frauen- und Kinderschutzhaus. Es werde ausdrücklich begrüßt, dass ein Neubau des Hauses geplant sei und dieses barrierefrei errichtet werden solle. Zu einem Ampelsystem führt sie aus, dass damit nur eine Erstaufnahme erfolgen könne. In einer zeitlichen Abfolge müssten dann die betroffenen Frauen und Kinder in geeigneten Wohnungen untergebracht werden. Es müsse darauf geachtet werden, dass die Unterbringung im Frauen- und Kinderschutzhaus nicht zu einer Dauerbelegung führe. Zur Sicherheit des Frauen- und Kinderschutzhauses ist sie der Meinung, dass im ländlichen Raum eine vollständige Anonymität nicht gewährleistet werden könne. Dies sei unabhängig vom Standort Rastede. Auch in Westerstede oder Bad Zwischenahn wäre die Ausgangslage gleich. Die SPD-Fraktion begrüße das Konzept und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Roese fragt in Bezug auf die Personalplanung, ob das Haus an sieben Tagen die Woche eine 24-Stunden Betreuung anbieten werde. Er hält die Aufteilung der geplanten fünf Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen für unverhältnismäßig. Eine psychologische und pädagogische Unterstützung müsse gewährleistet werden.

Frau Kleinschmidt erwidert, dass ergänzend zu den geplanten fünf Vollzeitstellen, die auch mit mehreren Teilzeitkräften besetzt werden können, qualifizierte Honorarkräfte für Nacht- und Wochenenddienste eingesetzt werden sollen, um das Team für den Schichtdienst zu vergrößern.

KA Roese ist der Ansicht, dass die Planung zum Betrieb des Hauses durch den Betreiber genau betrachtet werden müsse. Es sei den Bewohnerinnen nicht damit gedient, wenn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Limit arbeiten müssten.

KR Rabe führt aus, dass ein Betreiber gesucht werden solle, der über ausreichend Erfahrung für den Betrieb eines Frauen- und Kinderschutzhauses verfüge. Er weist darauf hin, dass durch die Überprüfung der Rechnungsprüfungsämter des Landkreises Wesermarsch und Ammerland festgestellt worden sei, dass der Betreiberauftrag europaweit ausgeschrieben werden müsse und es sich um ein aufwändiges Verfahren handle. Man werde mit der Planung und dem Bau beginnen und parallel dazu die Ausschreibung für einen Betreiber mit entsprechenden Qualitätsvorgaben starten. Wenn kein Betreiber gefunden werde, müsse gemeinsam mit dem Landkreis Wesermarsch überlegt werden, ob die Schutz Einrichtung in Eigenregie betrieben werde.

Auf Nachfrage von Frau Gräper nach der Laufzeit eines Betreibervertrages antwortet KR Rabe, dass an einen unbefristeten Betreibervertrag mit Kündigungsfrist von einem Jahr gedacht werde.

KA Bäcker führt aus, dass bei Betrachtung der Gesamtsituation nicht außer acht gelassen werden dürfe, dass gerade bei Schutz Einrichtungen Ammerländer Frauen vielfach nicht eine Einrichtung in der Nähe aufsuchen würden, sondern lieber in entfernteren Bereichen. Dadurch müssten die Plätze auch für externe Frauen und Kinder vorgehalten werden. Sie fragt nach, wie die Gesamtsituation in diesem Bereich zu bewerten sei.

Frau Kleinschmidt erläutert, dass es niedersachsen- und bundesweit viel zu wenig Plätze in Frauenhäusern gebe. Bei den meisten zur Verfügung stehenden Häusern handle es sich um ältere, umgebaute Immobilien, die oft nicht mehr zeitgemäß seien und viel zu wenig Platz hätten – insbesondere für Frauen mit mehreren Kindern. Des Weiteren würden die meisten Häuser nicht behindertengerecht sein. Das geplante Schutzhaus im Ammerland werde eine moderne Einrichtung sein und voraussichtlich eine gute Auslastung haben.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Rahmenkonzept für das Frauen- und Kinderschutzhaus in gemeinsamer Trägerschaft der Landkreise Ammerland und Wesermarsch wird zugestimmt.

**Zu TOP 10 Kreissenorenplan Sachstandsbericht; Kapitel Mobilität
Vorlage: MV/013/2019**

Frau Kleinschmidt trägt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) über das Handlungsfeld Mobilität aus dem Kreissenorenplan 2018 vor.

KA Exner dankt Frau Kleinschmidt für den Sachstandsbericht. Sie teilt mit, dass sie selber an dem Kurs „Fit im Auto“ teilgenommen und positive Erfahrungen gesammelt habe.

KA Sager-Gertje führt aus, dass sie erfahren habe, dass das Konzept in der Gemeinde Edeweicht vorgestellt worden sei. Sie regt an, dass in den einzelnen Gemeinden/der Stadt informiert werden solle, wofür die Gemeinden zuständig seien. Die Gemeindeverwaltungen/Stadtverwaltung müssten sensibilisiert werden, um die Mobilität sowie andere Bereiche für ältere Menschen in den Kommunen zu verbessern.

Herr Schönbrunn weist darauf hin, dass der Kurs „Fit im Auto“ nicht überschätzt werden dürfe. Er sei geeignet um die Hemmschwelle der älteren Menschen abzubauen und deutlich zu machen, dass bei der Teilnahme an einem Fahrsicherheitstraining nicht der Führerschein abgegeben werden müsse. Des Weiteren solle „Fit im Auto“ eine Motivation dafür sein, sich weiterhin mit der Verkehrssicherheit auseinanderzusetzen und an einem ganztägigen Fahrsicherheitstraining teilzunehmen. Der Kreissenorenbeirat versuche gemeinsam mit den Seniorenbeiräten der Gemeinden/Stadt, weitere damit zusammenhängende Aspekte in Vorträgen und Veranstaltungen umzusetzen. Der Kreissenorenbeirat und die Seniorenbeiräte der Gemeinden und der Stadt Westerstede seien entschlossen, die Handlungsfelder des Kreissenorenplanes umzusetzen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 11 Antrag der CDU - Fördermöglichkeiten zur Niederlassung von Hausärzten
Vorlage: MV/014/2019**

Vors. Mickelat verweist auf die Vorlage.

KA Beeken erläutert den Antrag der CDU-Fraktion. Sie führt aus, dass die Notwendigkeit gesehen werde, eine flächendeckende Versorgung mit Ärzten zu gewährleisten. Sie dankt der Kreisverwaltung für die Ausarbeitung und es werde befürwortet, in der Gesundheitsregion Ammerland weiterhin zu beraten und zu diskutieren und Projekte zu entwickeln, um eine bessere Ärzteversorgung zu erreichen.

KA Sager-Gertje führt aus, dass die SPD-Fraktion die Ausarbeitung durch das Gesundheitsamt ausdrücklich begrüße. Man habe sich über den Antrag gewundert, weil in der Kreistagssitzung am 06.12.2018 die Gesundheitsregion bereits konzeptionell auf den Weg gebracht worden sei. Der Antrag der CDU-Fraktion werde als Folge der Ärztesituation in Hahn-Lehmden gesehen und interpretiert. Gleichwohl werde es für richtig gehalten, sich generell mit dem Thema auseinanderzusetzen. Eine Umsetzung könne nur im Gesamtkonzept mit allen gesundheitlichen Akteuren erfolgen und durchgesetzt werden. Die SPD-Fraktion finde es grundsätzlich richtig, sich um dieses Thema auch zukunftsweisend zu kümmern, aber nur im Gesamtkontext mit allen medizinischen Akteuren.

KA Bäcker geht auf Seite 4 letzten Absatz der Vorlage ein. Sie hält die Abhängigkeit von der Einrichtung einer Gesundheitsregion im Ammerland für störend. Sie fragt nach, ob die Ärzteversorgung in Abhängigkeit mit der Gesundheitsregion stehen müsse.

Dr. Vogelsang trägt zum Thema Ärztemangel vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er macht dabei deutlich, dass der Landkreis Ammerland nach den Kriterien der Bedarfsplanung zu 100 % mit Ärzten versorgt sei.

KR Rabe geht auf die Frage von KA Bäcker ein und führt aus, dass seiner Ansicht nach keine Doppelstruktur geschaffen werden dürfe. Die Gesundheitsregion sei hier das richtige Instrument. Es sei bereits im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 vorgeschlagen worden, schon zum jetzigen Zeitpunkt eine Stelle zu schaffen, damit man schnell handlungsfähig sei. Das zuständige Ministerium habe darauf hingewiesen, dass bereits im März mit einem Förderbescheid zu rechnen sei und dann mit einer Umsetzung begonnen werden könne.

KA Roese fragt nach, wie in diesem Zusammenhang die Telemedizin gesehen werde.

Dr. Vogelsang antwortet, dass Telemedizin vereinzelt schon angewandt wird und eine Möglichkeit der ärztlichen Versorgung darstelle.

KA Taeger dankt Dr. Vogelsang für die Ausarbeitung der Vorlage. Sie gibt zu Bedenken, dass auf Landesebene nach Möglichkeiten zur ärztlichen Versorgung gesucht werden müsse. Ihrer Meinung nach sei es nicht Aufgabe der Landkreise, Ärzte anzuwerben. Das Land müsse vielmehr dafür sorgen, dass genügend Ärzte zur Verfügung stehen.

LR Bensberg führt aus, dass auf der Landesebene die Anzahl der Medizinstudiplätze deutlich erhöht werden müsse, um mehr Mediziner auszubilden, damit diese dann auch in den ländlichen Krankenhäusern und Arztpraxen praktizieren.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 12 Gesundheitsregion Ammerland Vorlage: BV/012/2019

Vors. Mickelat verweist auf die Vorlage.

KA Sager-Gertje merkt an, dass der geplanten Steuerungsgruppe in erster Linie Personen aus der Verwaltung zugeordnet werden sollen. Die SPD-Fraktion rege daher an, auch einen politischen Vertreter/in und eine/n Stellvertreter/in aus der Mitte der Kreistagsmitglieder zu benennen und in die Steuerungsgruppe mit aufzunehmen.

KA Bäcker geht auf ihre Anmerkungen in der letzten Kreistagssitzung ein, indem seitens der UWG-Fraktion auf die unzureichende Information in der Sitzung des Sozialausschusses im Oktober 2018 hingewiesen worden sei. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn sich fraktionsübergreifend ein Meinungsbild ergeben hätte. Ihrer Meinung nach müsse man sich bei einer so wichtigen Thematik vertieft mit der Materie auseinandersetzen. Sie habe sich im Vorfeld mehr Diskussionen, Fragen und Anregungen gewünscht. Die Einführung einer Gesundheitsregion Ammerland sei in der heutigen Zeit aufgrund von Pflegenotstand, Personalmangel und der unzureichenden hausärztlichen Versorgung ein schwieriges Thema und hätte ihrer Meinung nach im Vorfeld vertiefend und ausführlicher in den politischen Gremien beraten werden

müssen. Auch hätte überlegt werden können, ob man Synergieeffekte mit bereits bestehenden Gesundheitsregionen wie z. B. mit der Region Jade-Weser nutzen könne.

KA Bäcker dankt im Weiteren für die ausführliche Protokollierung ihrer Fragen zum Thema Gesundheitsregion Ammerland in der letzten Kreistagssitzung. Da diese Fragen nicht ausreichend beantwortet wurden, habe bis zur Sitzung des heutigen Sozialausschusses keine intensive Beschäftigung mit dem Thema stattfinden können. Ihrer Meinung nach hätten folgende Fragen im Vorfeld beraten und diskutiert werden müssen:

- Muss die Geschäftsstelle einer Gesundheitsregion zwingend in einer Verwaltung angesiedelt werden oder macht eine politikunabhängige Ansiedlung mehr Sinn?
- Wer ist verantwortlich für die zwingend erforderliche Öffentlichkeitsarbeit?
- Welche Vereinbarungen sind zwischen den Akteuren notwendig, um eine langfristige Teilnahme zu gewährleisten?
- Wie sollen regionale Schlüsselakteure in den Prozess der regionalen Versorgungslücken integriert werden?
- Was soll die Etablierung einer Gesundheitsregion grundsätzlich für das Ammerland bewirken?
- Welche Strukturen soll eine Gesundheitsregion haben?

KA Bäcker führt abschließend aus, dass das Verfahren mittlerweile so weit fortgeschritten sei, dass die aufgeführten Fragen nur noch zur Kenntnis genommen werden können.

KR Rabe geht kurz auf verschiedene Fragen ein und führt zur Jade-Weser-Region aus, dass in der Arbeitsgruppe der Ammerländer Akteure deutlich geworden sei, dass das Ammerland einen eigenen Raum darstelle, der deutlich in Richtung Oldenburg organisiert sei und andere Probleme als die Jade-Weser-Region habe. Die Jade-Weser-Region habe u. a. ein Problem damit, dass Arztstellen nicht wieder besetzt werden können. Das Ammerland habe nach den Kriterien der KVN dagegen eine 100 %ige Ärzteversorgung.

Zur Beteiligung der Politik führt er aus, dass z. B. der Beirat des Jobcenters von der Politik positiv begleitet werde. Ein solches Modell sei auch für die Gesundheitsregion denkbar.

In Bezug auf die Öffentlichkeitsarbeit teilt KR Rabe mit, dass die Gesundheitsregion vorerst mit einer halben Stelle geplant sei und man abwarten müsse, was mit diesen Ressourcen geleistet werden könne. Ggf. müsse über zusätzliche Unterstützung von den übrigen beteiligten Akteuren nachgedacht werden.

Zur Auswahl der zu beteiligenden Akteure erläutert er, dass eine bestimmte Struktur vorgegeben sei, ohne die keine Förderung gezahlt werde. Es sei wichtig, ausreichend engagierte und pflichtbewusste Akteure zu finden.

KA Woltmann führt aus, dass die CDU-Fraktion sich ausdrücklich für die schnelle Erarbeitung des Konzeptes bedanke. Das verschiedene Fragen noch offen seien sei nachzuvollziehen, aber ihrer Meinung nach würden sich diese im laufenden Verfah-

ren noch klären. Es sei bis zu diesem Zeitpunkt wichtige Arbeit mit einer sehr guten Grundlage geleistet worden, mit der der Antrag an das Land Niedersachsen gestellt werden konnte.

KA Woltmann geht in ihren weiteren Ausführungen kurz auf die aufgeführten Zielsetzungen ein. Wenn man bedenke, was das Ammerland an Angeboten wie z. B. die Ammerland-Klinik, die Karl-Jaspers-Klinik, Gesundheitszentren etc. sowie ausreichend Ärzten vorhalte, habe man gegenüber anderen Regionen viel für den Aufbau einer Gesundheitsregion anzubieten. Die CDU-Fraktion stehe dem Projekt Gesundheitsregion Ammerland positiv gegenüber und werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Exner geht auf Seite 4, Absatz 1 des Konzeptes ein und führt aus, dass sie dankbar sei, dass heute zum Thema Telemedizin zur fachärztlichen Versorgung vorgetragen worden sei. Sie halte es für angebracht, das Thema Telemedizin in das Konzept mit aufzunehmen.

Dem Kreisausschuss wird bei 1 Stimmenthaltung einstimmig vorgeschlagen:

- 1) Die Einrichtung einer „Gesundheitsregion Ammerland“ wird vorbehaltlich der anteiligen Förderung durch das Land Niedersachsen beschlossen.
- 2) Für die einzurichtende Koordinierungsstelle wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 eine entsprechende 0,5 Planstelle eingerichtet und bei Vorliegen der Finanzierungszusage des Landes Niedersachsen besetzt.
- 3) Die erforderlichen Haushaltsmittel i. H. v. 18.000,00 € im Jahre 2019 werden überplanmäßig zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 13 Mitteilungen des Landrates

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 15 Einwohnerfragestunde

Herr Dr. Bruneé fragt nach, ob die Möglichkeit bestehe, regionale Ärzte in die Struktur der Gesundheitsregion mit einzubeziehen, um Antworten auf eine drohende Unterversorgung von Ärzten zu finden und um Konzepte zu entwickeln, um dieser Unterversorgung entgegen zu wirken. Des Weiteren fragt er, ob es die Möglichkeit gebe, dem Kreissenorenbeirat das Projekt Rubin vorzustellen.

LR Bensberg antwortet auf die Frage nach der Einbindung von regionalen Ärzten, dass sich die Gesundheitsregion Ammerland erst etablieren müsse und dass die Fragestellungen des ärztlichen Bereiches nach der derzeitigen Situation durch die KVN bzw. die Ärztekammer abgedeckt werden. Die Firma Plexxon stehe im Wettbe-

werb mit anderen niedergelassenen Ärzten und es müsse seitens der Arbeitsgruppe und der politischen Gremien überlegt werden, ob auch Wettbewerber aufgenommen werden sollen oder ob man sich fachliche Unterstützung ausschließlich über die KVN und die Ärztekammer holen wolle.

Bezogen auf die Frage nach der Vorstellung des Projektes Rubin im Kreissenorenbeirat antwortet LR Bensberg, dass er am heutigen Tage einen Anruf von der Firma Plexxon erhalten habe. Für Anfang März sei ein ausführlicher Informationstermin vereinbart worden. Inwieweit es auf der Ebene des Kreissenorenbeirates Interesse an dem Thema gebe, müsse Herr Dr. Bruneé mit dem Kreissenorenbeirat persönlich besprechen.

Zu TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Mickelat schließt die öffentliche Sitzung.